FDP. Die Liberalen Obwalden

Lungern, 25. November 2016

Amt für Justiz
Postfach 1561
6061 Sarnen

Umsetzung der Totalrevision der eidg. Bürgerrechtsgesetzgebung
Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung.

Im Wesentlichen entsprechen das kant. Recht und kant. Praxis bereits heute dem neuen Bundesrecht. Trotzdem erfordert die Totalrevision des Bundesrechts punktuelle gesetzgeberische Anpassungen des kant. Rechts und der kant. Organisation.

Die Totalrevision des Bundesrechts führt zu einer Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen gegenüber dem bisherigen Recht. Die wichtigsten Änderungen sind Folgende:

- Kürzung der Mindestaufenthaltsdauer in der Schweiz auf 10 Jahre; Wegfall der Erleichterung für Ehegatten;
- Besitz der Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung);
- Definition der Integrationsvoraussetzungen im Gesetz;
- Festlegung des Verfahrensablaufs; faktisch letzte Instanz des Einbürgerungsverfahrens ist neu der Bund;
- Beschränkung der Aufenthaltsdauer in den Kantonen auf 5 Jahre; der Kanton bleibt auch bei Wegzug der gesuchstellenden Person zuständig, wenn ein bestimmtes Verfahrensstadium erreicht ist;
- Prüfung der materiellen Einbürgerungsvoraussetzungen bei Kindern ab dem 12. Altersjahr;
- Einführung der Pflicht zur Amtshilfe unter den eidg. und kant. Behörden.

Das Bundesrecht sieht neu einen einheitlichen Verfahrensablauf für alle Kantone vor. Dies wird von der FDP begrüsst.

Einbürgerungsvoraussetzungen und Ausnahmen; Die vorgeschlagenen Massnahmen entsprechen der bisherigen Praxis des Kantons Obwalden. Die FDP begrüsst den Vorschlag insbesondere auch die Ausnahmen von den Sprachkompetenzen zwecks Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen.

Wir teilen die Ansicht der Arbeitsgruppe, dass rechtlich gesehen die Einbürgerung nicht ein politischer, sondern ein verwaltungsrechtlicher Akt ist.

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen favorisieren wir die Variante Arbeitsgruppe. Auf Gemeindeebene soll die Wahlmöglichkeit bestehen, ob die Gemeindeversammlung, eine Einbürgerungskommission oder der Gemeinderat über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts entscheiden soll.

Auf kant. Ebene soll nicht mehr der Kantonsrat, sondern eine kant. Kommission alle Bürgerrechtsentscheide fällen. Mit der Einsetzung der Kommission würde der Verwaltungsakt entpolitisiert und versachlicht.

Die Untervariante Regierungsrat können wird nicht unterstützen, da der Mehrwert dieser zusätzlichen „Schlaufe“ zum heutigen Zeitpunkt nicht erkannt wird.

Als einen wichtigen Teil in der Bürgerrechtsgesetzgebung betrachten wir die Amtshilfe. Unter dem Titel Amtshilfe sind der Einbürgerungsbehörde alle relevanten Daten, welche für die Erteilung des Bürgerrechts erforderlich sind, zur Verfügung zu stellen.

Allgemeines:

Der erläuternde Bericht ist klar und verständlich abgefasst, ebenso die Übersicht (Beilage).

Die Ausarbeitung der Synopse jedoch ist schwer verständlich und unübersichtlich.

Zum Schluss möchten wir uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung bedanken.

FDP Obwalden